

Die Europäische Union: Partner oder Vorbild für Ostasien?

Reiterer, Michael

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Reiterer, M. (2006). Die Europäische Union: Partner oder Vorbild für Ostasien? *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 35(2), 157-172. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-64077>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Michael Reiterer (Innsbruck/Tokio)

Die Europäische Union. Partner oder Vorbild für Ostasien?

Die außenpolitischen Interessen der EU erstrecken sich wegen politischer und wirtschaftlicher Interdependenz bis nach Ostasien. Die Auswirkungen politischer und wirtschaftlicher Probleme (Taiwan, koreanische Halbinsel, Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen) machen sich unmittelbar in Europa bemerkbar. Die politische und strategische Balance ist im Umbruch. Japan, China und, mit Einschränkungen, Indien, ringen um die Vorherrschaft. Die EU ist wirtschaftlich präsent, entwickelt verschiedenste Konzepte der Kooperation, und identifiziert mögliche Felder der Kooperation. China positioniert sich zu Lasten Japans geschickt und wird als neue, aufstrebende und weitgehende verlässliche Macht angesehen. Die Vorbildfunktion der europäischen Integration könnte sich angesichts der sich intensivierenden Kooperationsbestrebungen in Ostasien als politisches Instrument nutzen lassen.

*Keywords: GASP, Ostasien, Japan, China, Interregionalismus, Rollenmodell der EU
CFSP; East Asia, Japan, China, interregionalism, role model of EU*

1. Einleitung

Der Europäischen Union weltweit mehr Gewicht geben, sie als durchschlagskräftigen Akteur der Weltpolitik etablieren, sich als gleichberechtigter Partner gegenüber dem Hegemon USA und der Wirtschaftsmacht Japan zu behaupten und zu verhindern, dass die Union hinter aufstrebende Mächte wie China und Indien zurückfällt, sind Ziele, die nicht nur europäischen Politikern sondern auch der europäischen Öffentlichkeit erstrebenswert erscheinen. Im Jahr 2004 unterstützten 70% der von EUROSTAT befragten EU-Bürger die Einführung des Amtes eines europäischen Außenministers (EUROSTAT, 2004). Nach der von den Staats- und Regierungschefs verordneten „Nachdenkpause“ wegen der negativen Referenden über die Europäische Verfassung in Frankreich und den Niederlanden, könnte eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), deren Zuständigkeit sich „auf alle Bereiche der Außenpolitik sowie auf sämtliche

Fragen im Zusammenhang mit der Sicherheit der Union (erstreckt), einschließlich der schrittweisen Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen kann“ (Vertrag über eine Verfassung für Europa, 2005), durch eine spezielle Regelung, entweder durch eine Vertragsänderung oder durch interinstitutionelle Vereinbarungen, umgesetzt werden.

Historische Prozesse, wie der Fall der Berliner Mauer, das Auseinanderbrechen der Sowjetunion und Jugoslawiens sowie die anfängliche Illusion, dass das Ende des Kalten Krieges zum universalen Frieden inklusive Friedensdividende führen werde, verfestigten diese Einsicht. Dadurch erhielt die EU die entscheidenden Impulse, sich in der GASP die Mittel zu geben, nationale Außenpolitiken und militärische Potenziale zu koordinieren (Wallace et al. 2005; Mahncke 2004). Der Europäische Rat von Köln rief im Jahr 1999 daher die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ins Leben (Gnesoto 2004), die

sich um die so genannten Petersberger Aufgaben aus dem Vertrag von Amsterdam dreht; insbesondere die Konflikte in Bosnien und im Kosovo hatten die Diskussion über die Notwendigkeit der Schaffung einer Europäischen (Verteidigungs-) Armee beschleunigt, wobei die Haltung der USA eine wichtige Rolle spielte: „As Europeans clearly noticed, the war over Kosovo made plain America’s dissipating willingness to be Europe’s chief peacemaker and its protector of last resort“ (Kupchan 2003, 220).

2. Die europäische Sicherheitsstrategie

Im Jahr 2003 stellte die Europäische Sicherheitsstrategie den klaren Anspruch: „As a Union of 25 states with over 450 million people producing a quarter of the world’s GNP, the European Union is inevitably a global player...it should be ready to share in the responsibility for global security and in building a better world“ (Europäische Sicherheitsstrategie 2003).

Die Sicherheitsstrategie verpflichtet die EU zu einer globalen Betrachtungsweise, die zu gegebenen Zeit in globales Handeln übergehen soll.

Probleme, wie sie sich in Kaschmir, in der Region der Großen Seen und auf der koreanischen Halbinsel stellen, haben ebenso direkte und indirekte Auswirkungen auf europäische Interessen wie näher gelegene Konfliktherde, vor allem im Nahen Osten ... Im Zeitalter der Globalisierung können ferne Bedrohungen ebenso ein Grund zur Besorgnis sein wie näher gelegene. Nukleare Tätigkeiten in Nordkorea, nukleare Risiken in Südasiens und Weiterverbreitung im Nahen Osten sind allesamt ein Grund zur Besorgnis für Europa ... Terroristen und Kriminelle sind nunmehr in der Lage, weltweit zu operieren: Ihre Aktivitäten in Mittel- oder Südostasien können eine Bedrohung für die europäischen Länder oder ihre Bürger darstellen ... Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen (Europäische Sicherheitsstrategie 2003).¹

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, werden konkrete und glaubwürdige Aktionen in Zusammenarbeit mit Partnern, die die alle-

meinen Ziele und Werte der Union teilen, eingefordert. So wird etwa Japan ausdrücklich als strategischer Partner identifiziert. Die Strategie verlangt nach einer EU, die aktiver ist, die ihren Handlungsspielraum und Zusammenhalt ausbaut und Synergien durch die Zusammenarbeit gemeinsamer Kräfte schafft.

Es fehlt jedoch nicht an kritischen Stimmen: So stellt Aisle Toje (2005, 132) den Strategiecharakter der ESVP in Abrede, kritisiert die fehlende „strategic culture“ in Europa, vergleicht das europäische Dokument mit der National Security Strategy der USA und kommt dabei zum Schluss, die ESVP „lists all the means and all the threats, but is vague when it comes to the ends to be attained and virtually silent about how the capabilities can be used to exert influence.“ Ähnlich kritisch analysiert Hanns Maull (2005, 793): „The document does little to relate concrete means to specific ends in given problem areas – nor could it be expected to do this: the limitations lie not in the text or those who produced it, but in the nature of the beast.“

3. Die „Soft power“ der EU

Mark Leonard (2005) zeichnet in *Why Europe will run the 21st century* ein erfrischend positives, wenn gleich meines Erachtens zu optimistisches Bild vom Entwicklungspotenzial der Union. Die indirekte Arbeitsweise der Union durch die Institutionen der Mitgliedstaaten, ihre transformative Kraft durch die Durchsetzung von Regeln und Normen, die Kombination von Individualität und sozialer Absicherung beschert der Union zum einen eine Anziehungskraft – nahezu alle europäischen Staaten mit Ausnahme der „reichen“ Staaten Schweiz und Norwegen wollen beitreten. Zum anderen besitzt die EU eine Vorbildfunktion für regionale Integration (*regional domino effect*), die weit über Europa hinausreicht. Er stellt damit die Union in die Reihe der Akteure die *soft power* im Sinne von Joseph Nye (2004, 76) ausüben, da sie andere Staaten dazu bringt ihrem Vorbild zu folgen, ohne irgendwelchen Druck, geschweige denn Gewalt, anzuwenden.

Demgegenüber vergleicht der *Economist* (2005, 56) in realistischer Manier die GASP in Anlehnung an Robert Kagan mit dem machtlosen Chor in der griechischen Tragödie: „It comments on the action. It reacts with horror or praise. It interacts in various ways with the protagonists. But the singers themselves play no part in the plot“. Maull (2005, 973) zieht Leonard einer gewissen Naivität und argumentiert, dass die Union keine Zivilmacht, sondern eine zivile Kraft sei, die je nach Handlungsfeld eine unterschiedliche Durchsetzungs- und Gestaltungskraft hat, jedoch insbesondere dann einen Vorteil gegenüber traditionellen Akteuren auf post-modernen Gebieten der internationalen Beziehungen hat, wenn

(a) ... its ability to transcend traditional conceptions and inhibitions of sovereignty can give it a competitive advantage, and (b) where it attracts attention and support as a civilizational model, such as the ideological and cultural dimensions of international relations (for example, in the whole range of relations with the Islamic world). Europe's competitive advantages will come into play wherever effective management of international issues will require restrictions on sovereignty and transfer of authority to supranational institutions.

4. Das politische Umfeld Ostasiens

Auch wenn es auf den ersten Blick nicht augenfällig erscheint, Europas Sicherheit hängt auch von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Ostasien ab, zum einen wegen der involvierten Größenordnungen, zum anderen wegen der Auswirkungen der Globalisierung und der daraus resultierenden Interdependenz von Staaten (Pempel 2005; Katzenstein 2005; Lim 2004; Rozman 2004; Doumoulin 2004; Derichs et al. 2003).

4.1. China

China und Indien stellen – bei im Unterschied zu Europa steigender Tendenz – gemeinsam rund 2,4 Milliarden Menschen. Beide Volkswirtschaften wuchsen in den letzten Jahren im Vergleich zur EU überdurchschnittlich.

Der Anteil Chinas am Welthandel in Industriegütern stieg innerhalb von nur einem Jahrzehnt von 3,4% (1995) auf 8,4% (2004). Im gleichen Zeitraum fielen der Anteil der EU-25 von 19,1% auf 18,5% und der Anteil Japans von 9,5% auf 7,4%. Bis 2020 könnte nach Schätzungen der Europäischen Kommission der gemeinsame Anteil Chinas und Indiens am Welthandel in Industriegütern auf 50% anwachsen (Europäische Kommission 2005, 7). Die Deutsche Bank prognostiziert, dass Asien bis zum Jahr 2025 das Bruttonationalprodukt (BNP) verdreifachen wird. Dies wird auch für China erwartet, das bis dahin die zweitstärkste Volkswirtschaft hinter den USA und wahrscheinlich vor Indien sein wird; Japan könnte auf Platz vier zurückfallen. In China werden dann doppelt so viele Menschen leben wie in Europa, deren Kaufkraft mit einem erwarteten Prokopfeinkommen von \$ 11.000 ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor sein wird. China wird voraussichtlich immer noch das Weltproduktionszentrum sein, sogar auf deutlich höherem technologischem Niveau als dies heute der Fall ist. Investitionen in die chinesische Forschung wachsen jährlich um 20%, womit Chinas Forschungsausgaben bis 2010 voraussichtlich europäisches Niveau erreichen werden. Der Renminbi wird mit dem Dollar und dem Euro zu den drei wichtigsten Weltwährungen zählen (Deutsche Bank 2005).

Diesen positiven Projektionen kann jedoch eine lange Liste von Problemen, die China lösen muss, um diese hochgesteckten und hochgerechneten Ziele zu erreichen, entgegen gestellt werden: Energie- und genereller Rohstoffmangel, Landflucht und damit verbunden rasche Urbanisierung mit den damit einhergehenden sozialen Problemen, starre Wirtschaftsstrukturen und Probleme bei der Privatisierung von Staatsunternehmen, insbesondere den der Armee zuzurechnenden sowie der Banken, eine sich anbahnende Überhitzung der Wirtschaft etc. Auch ist das chinesische Rechtssystem nicht verlässlich. Mangelnder Schutz geistiger Eigentumsrechte wird zur internationalen Belastung. Korruption führt verstärkt zu sozialen Unruhen, die Gegensätze zwischen Küste und Binnenland, Ost-West, Stadt und

Land akzentuieren sich. Der Anteil des Staates oder der Partei an Wirtschaftsunternehmen ist groß, die Privatisierung geht nur schleppend vor sich, der Banksektor ist dringend sanierungsbedürftig. Mangelnde Transparenz bei wirtschaftlichen Entscheidungen und beim Militärbudget beunruhigt das Ausland. Ein Reformschritt würde das bisher Erreichte in Frage stellen. Nur bei einem friedlichen Wechsel der Politikergenerationen in China und bei einer Balance zwischen wirtschaftlicher Liberalität und politischen Ambitionen einer wachsenden Gruppe von ChinesInnen, vor allem der Mittelklasse, können diese Probleme gelöst werden. Stabilität in der Region ist dafür Voraussetzung und dessen ist sich China bewusst.

Daher verfolgt China seit dem Beginn dieses Jahrzehnts eine umsichtige multinationale Diplomatie, die sich nicht mehr auf einen einfachen Anti-Amerikanismus stützt, sondern die Rolle der Vereinten Nationen ebenso betont wie eine aktive Beteiligung an regionalen Projekten in Form der Zusammenarbeit mit ASEAN und Engagement in ASEM. China steckt zwar seine Interessensphäre (Taiwan, Hongkong, Macao, das südchinesische Meer) vehement ab, positioniert sich darüber hinaus aber auch geschickt als Mittler in der Region. Ohne sein Engagement wären die Sechsparteiengespräche zur Lösung des Konfliktes mit Nordkorea nicht nur nicht zu Stande gekommen, sondern hätten auch kaum Chancen auf Erfolg. Südkorea wird von China geschickt in seinem Nationalismus im Zuge der Gespräche mit dem Norden bestärkt und ermuntert, sich von den USA (und seinem Verbündeten Japan) zu emanzipieren. Die historischen Verdienste der USA, die im Koreakrieg für Korea gegen die Invasion Chinas kämpfte, treten in den Hintergrund; die Präsenz amerikanischer Truppen wird als potenzieller Störfaktor im koreanischen Einigungsprozess empfunden. Eine Reduzierung oder gar ein Abzug amerikanischer Truppen käme China in Hinblick auf Taiwan sehr gelegen. Nordkorea ist sowohl für seinen südlichen Bruder als auch für China nach einem positiven Abschluss der Gespräche als Rohstofflieferant sowie als Markt von Interesse und wird in der chinesischen Einflussphäre bleiben.

Weiters umgarnt China die ASEAN-Staaten (Hughes 2005), bot vor Japan umfassende Freihandelsverträge an und verhandelt im Vergleich mit Tokio zügiger und großzügiger – ist es doch als Entwicklungsland von den meisten WTO-Disziplinen entbunden. Der im Dezember 2005 in Kuala Lumpur abgehaltene Ostasiatische Gipfel wurde ebenfalls im Wettstreit der beiden Staaten um die Vorherrschaft in der Region instrumentalisiert: Während China eine „asiatische“ Lösung bevorzugte, redet Japan einem funktionalen Ansatz, unter Einschluss von Australien, Neuseeland und Indien, das Wort, um den Einfluss Chinas zu neutralisieren und drei weitere Demokratien in den Kreis der „Asiaten“ aufzunehmen. Zwar setzte sich Japan durch, der Gipfel selbst zeitigte jedoch keine konkreten Ergebnisse und hat solange wenig Aussicht auf Erfolg, als die nordostasiatischen Staaten ihre bilateralen Beziehungen nicht verbessern (Roy, 2005).

4.2. Japan

Japan hat sich außenpolitisch wegen seiner unbewältigten Vergangenheit und der jährlichen Besuche des Premierministers beim Yasukuni Schrein in Nordostasien weitgehend isoliert und der chinesischen Charme- und Wirtschaftsoffensive wenig entgegen zu setzen. Entwicklungshilfeleistungen werden als historisch bedingte Reparationszahlungen verstanden und als Selbstverständlichkeit hingenommen. Japan hat auch Mühe, seinen großen Beitrag bei der Entwicklung von China und Südkorea von diesen beiden Ländern anerkannt zu bekommen – eine starke Betonung würde wahrscheinlich eine negative, nationalistische Gegenreaktion auslösen, die für Japan kontraproduktiv wäre. Das Zurückfahren der japanischen Entwicklungshilfe für China, das Drohen mit der Reduktion des (objektiv zu) hohen Beitrags zum UN-Budget sowie die tendenziell fallende Entwicklungshilfe lässt auch erkaufte „Freundschaften“ schwinden und Tokio je nach Bedarf im unguten Licht des „reichen Sparefrohs“ oder der schwächelnden Wirtschaftsmacht erscheinen.

Angesichts des Scheiterns dieser Versuche, sich in der Region auch politisch zusätzlich zur Wirtschaft stärker zu engagieren, reagiert Japan mit einer Verstärkung der bestehenden Allianz mit den Vereinigten Staaten. Truppen im Irak, trotz mehrheitlicher Ablehnung durch die Bevölkerung; Einsatz von Versorgungsschiffen im Golf sowie im Krieg gegen den Terrorismus; öffentliches Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit den USA zu einer friedlichen Lösung des Taiwanproblems; Aufbau eines allgestützten Raketenabwehrsystems unter Führung der USA zum Schutz vor Angriffen aus Nordkorea, das jedoch auch auf Taiwan ausgedehnt werden könnte und damit einhergehend ausschließliche Konzentration auf rüstungstechnologische Zusammenarbeit mit den USA sind Elemente, aus denen ein enges Netz von Beziehungen, untermauert von einem guten persönlichen Verhältnis zwischen US-Präsidenten Bush und dem japanischen Premierminister Koizumi, gesponnen wurde.

Dennoch ist das bilaterale Verhältnis nicht störungsfrei: Die USA zog im entscheidenden Moment ihre Unterstützung Japans für einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat zurück. Das Pentagon führt harte Verhandlungen um eine Truppenverlegung in und aus Japan in seinem Interesse, ohne große Rücksicht auf die Anliegen der von Lärm und Umweltschäden geplagten Bevölkerung.

Im Unterschied zu China, das in der Lage ist, eine multidimensionale Außenpolitik zu führen – Zusammenarbeit mit den USA trotz strategischer Interessendifferenz im Krieg gegen den Terrorismus sowie zur Bewahrung der Vormachtstellung der alten Siegermächte in der UNO; Normalisierung der Beziehungen mit Indien, ohne Pakistan vor den Kopf zu stoßen; Ausnutzung der Schwächung Russlands zur Umstellung auf Beziehungen unter gleichen Partnern, verknüpft mit dem Fußfassen im ehemals sowjetischen Einflussbereich durch die Shanghai Cooperation Organisation (SCO); Werben um Europa durch eine intensive Besuchsdiplomatie und kooperative Politik (Textilabkommen); die erwähnte Kooperation mit den südostasiatischen Staaten – vermisst man bei Japan diesen breiten Zugang.

Es gelingt der Regierung in Tokio nicht, die offiziell propagierte Öffnung des Landes breitenwirksam in die Tat umzusetzen. Hinzu kommt, dass durch die Ablehnung Japans durch seine Nachbarn Nationalismus und ein gewisses Gefühl der Isolierung gefördert werden. Eine Politik der Offenheit, im Zuge der Einbindung in eine engere regionale Kooperation oder gar Integration, könnte hier Abhilfe schaffen, wenn entsprechend gegengesteuert wird, wobei sich die EU mit ihren Erfahrungen aus dem jahrzehntelangen Integrationsprozess durch Symposien und Dialogveranstaltungen unter Einbindung der Zivilgesellschaften einbringen könnte.

4.2. China oder Japan?

Auf Grund dieser geschilderten Gegebenheiten erliegen viele europäische PolitikerInnen und Teile der Medien der Faszination der realen und prognostizierten Wachstumstrends in China. Jahrzehntelange überdurchschnittliche Wachstumsraten sowie eine pragmatische Wirtschaftspolitik von liberalem Zuschnitt, Mitgliedschaft in der WTO, eine verantwortungsvolle Währungspolitik während der asiatischen Finanzkrise, geschaffen von einer pragmatischen Parteiführung, die den Wohlstand der Massen im Auge hat und auf ihre Machterhaltung durch politisches Desinteresse abzielt, flösst trotz vieler ungelöster Probleme Vertrauen ein. Erfolge in der Raumfahrt suggerieren der Bevölkerung technologischen Fortschritt und untermauern den von China in der Region erhobenen Führungsanspruch – in diesem Bereich ist das Entwicklungsland China der Industriemacht Japan voraus.

Übersehen wird, dass Japan immer noch die bei weitem größte und wichtigste Wirtschaftsmacht in Ostasien ist. Sein Brutto sozialprodukt (BSP) ist dreimal größer als das von China (BSP 2004: Japan \$ 4.666 Milliarden, China \$ 1.412 Milliarden; Wachstumsrate: Japan 2,6%, China 9,5% 2006) (Keizai Koho Center 2005, 17), seine technologische Basis ist gesund, überdurchschnittlich viel Kapital wird zukunftsweisend von privater und öffentlicher Hand in Forschung und Entwicklung investiert: F&E

Ausgaben 2003: Japan 3,35% BSP, China 1,22% BSP (Keizai Koho Center 2005, 56). Guteingeführte europäische Firmen sind in Japan, im Unterschied zu China, erfolgreich. Der Unterschied zwischen Japan, einer westlich orientierten Demokratie asiatischer Prägung und China, einem immer noch von der kommunistischen Einheitspartei dirigierte Staat ist bei einer realistischen Einschätzung der Interessenslage sowie bei der Konzeption einer Ostasienpolitik nicht aus den Augen zu verlieren. Im Gegenteil, diese unterschiedliche Wahrnehmung ist bei der Planung anzusprechen und zu korrigieren. Die Frage ist hierbei nicht entweder China oder Japan, sondern vielmehr die Entwicklung einer

Strategie für Politik und Wirtschaft die auf realen Gegebenheiten fusst.

5. Die wirtschaftlichen Beziehungen der EU mit Ostasien

Die wirtschaftliche Bedeutung Ostasiens für die EU ist unbestritten, die bilateralen Handels- und Investitionsströme zwischen der EU und den drei größten Volkswirtschaften Ostasiens (China, Japan, Korea) sowie der EU und den ASEAN-Staaten sind seit 1978 enorm angewachsen. Die unten stehenden Tabellen belegen dies eindrücklich.

Tabelle 1 Entwicklung der Handelsvolumina in USD

Jahr	Handelsvolumen EU-China*	Handelsvolumen EU-Japan	Handelsvolumen EU-Südkorea	Handelsvolumen EU-ASEAN
1994	44 Mrd.	105 Mrd.	25 Mrd.	74 Mrd.
1996	56 Mrd.	120 Mrd.	35 Mrd.	104 Mrd.
1998**	66 Mrd.	118 Mrd.	29 Mrd.	79 Mrd.
1999	73 Mrd.	120 Mrd.	33 Mrd.	90 Mrd.
2003	162 Mrd.	131 Mrd.	48 Mrd.	103 Mrd.
2004	217 Mrd.	153 Mrd.	61 Mrd.	k.A.

* Festland China exklusive Hongkong

** nach der Asienkrise

Quellen: *ASEAN Trade with European Union by Country (1993-2003)*, http://202.154.12.33/Trade/Files/AN_EU_CO.xls (für EU-ASEAN); Jahrbücher des IWF, IWF Direction of Trade Statistics (für EU-China, EU-Japan, EU-Südkorea).

Tabelle 2 Entwicklung der Handelsbilanzen aus Sicht der EU in USD

Jahr	Handelsbilanz EU-China*	Handelsbilanz EU-Japan	Handelsbilanz EU-Südkorea	Handelsbilanz EU-ASEAN
1994	- 12 Mrd.	- 36 Mrd.	+ 1 Mrd.	+ 4 Mrd.
1996	- 18 Mrd.	- 29 Mrd.	+ 2 Mrd.	+10 Mrd.
1998**	-27 Mrd.	- 48 Mrd.	- 10 Mrd.	- 13 Mrd.
1999	- 31 Mrd.	- 44 Mrd.	- 10 Mrd.	- 21 Mrd.
2003	- 69 Mrd.	- 39 Mrd.	- 11 Mrd.	- 11 Mrd.
2004	- 97 Mrd.	- 45 Mrd.	- 17 Mrd.	k.A.

* Festland China exklusive Hongkong

** nach Asienkrise

Quellen: *ASEAN Trade with European Union by Country (1993-2003)*, http://202.154.12.33/Trade/Files/AN_EU_CO.xls (für EU-ASEAN); Jahrbücher des IWF, IWF Direction of Trade Statistics (für EU-China, EU-Japan, EU-Südkorea).

5.1. Handel

China, Japan, Südkorea und die ASEAN-Staaten nehmen mehr als ein Fünftel des Außenhandels der EU auf, die EU und China sind sich wechselseitig der zweitwichtigste Handelspartner, während die EU für Japan und Südkorea der dritt wichtigste, für die ASEAN Staaten der viertwichtigste Partner ist.

Signifikant ist der Anstieg des Handelsvolumen EU-China von \$ 44 Milliarden im Jahre 1994, über \$ 73 Milliarden im Jahre 1999, auf \$ 217 Milliarden im Jahre 2004, was einer Verfünfachung binnen zehn Jahren entspricht. Mit 8,8% des gesamten externen Handels der EU belegt China damit Platz zwei der externen Handelspartner der EU. Der EU-Japan Handel stieg von einem hohen Niveau von \$ 105 Milliarden im Jahr 1994 bis 1999 auf \$ 120 Milliarden und erreichte 2004 \$ 153 Milliarden. Damit ist Japan fünftwichtigster externer Handelspartner der EU (5,9% des gesamten externen Handels der EU). Die Handelsbeziehungen mit Südkorea verliefen in dem von der asiatischen

Finanzkrise (1997-1998) geprägtem Zeitraum anders: Von 1994 kam es nur zu einem bescheidenen Anstieg (\$ 25 Milliarden) bis 1999 (\$ 33 Milliarden), bis zum Jahr 2004 verdoppelte sich hingegen das Handelsvolumen nahezu auf \$ 61 Milliarden. Damit liegt Südkorea auf Rang acht der wichtigsten Handelspartner der EU. Ähnlich die Entwicklung mit den ASEAN Staaten: Der Aufschwung stellte sich erst in den fünf Jahren nach 1998 ein, als sich das Handelsvolumen von \$ 79 Milliarden. auf \$ 103 Milliarden vergrößerte. Der EU-ASEAN-Handel (5,6% des gesamten externen Handels der EU) entspricht damit dem Warenaustausch der EU mit Japan (5,9%).

5.2. Investitionen

Im Vergleich zur Entwicklung des Warenhandels ist die Steigerung der Investitionen in China im Zehnjahresabstand, wenngleich von einer niedrigen Ausgangsbasis, mit einer Versechzehnfachung durchaus spektakulär.

Tabelle 3 Entwicklung der Auslandsinvestitionen der EU in ECU/EUR

Jahr	neue EU-Investitionen in China	neue EU-Investitionen in Japan	neue EU-Investitionen in Südkorea	neue EU-Investitionen in ASEAN
1993	0,3 Mrd.	- 1,2 Mrd.	0,2 Mrd.	0,9 Mrd.
1994	0,5 Mrd.	0,7 Mrd.	0,3 Mrd.	2 Mrd.
1995	0,8 Mrd.	1,4 Mrd.	0,4 Mrd.	1,9 Mrd.
1996	1,7 Mrd.	2,5 Mrd.	0,3 Mrd.	4 Mrd.
1997	1,8 Mrd.	1,3 Mrd.	0,2 Mrd.	4,1 Mrd.
1998	3 Mrd.*	0,7 Mrd.	3 Mrd.	- 2 Mrd.
1999	4,2 Mrd.*	8,7 Mrd.	3,6 Mrd.	8,6 Mrd.
2000	- 1,7 Mrd.*	6,7 Mrd.	4,3 Mrd.	2 Mrd.
2001	51,1 Mrd.*	- 9,4 Mrd.	1,1 Mrd.	9,9 Mrd.
2002	6 Mrd.*	10,2 Mrd.	1,7 Mrd.	7,8 Mrd.
2003	4,8 Mrd.*	3,7 Mrd.	2,6 Mrd.	3,3 Mrd.

* inklusive Hongkong

Quellen: Datensätze von Eurostat in der Rubrik *EU-Direktinvestition – Hauptindikatoren*, http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/page?_pageid=1073,46870091&_dad=portal&_schema=PORTAL&p_product_code=fdi_main; *European Union foreign direct investment yearbook 2005 – Data 1998-2003*, http://epp.eurostat.cec.eu.int/cache/ITY_OFFPUB/KS-BK-05-001/EN/KS-BK-05-001-EN.PDF.

Doch auch die Anfänge in Japan am Beginn der 1990er Jahre waren bescheiden. 1993 kam es sogar zu einer Reduktion von EUR 1,2 Milliarden; nach einer Spitze im Jahr 1999 sorgte das Unternehmen *Vodafone* 2002 für einen kurzfristigen Boom, zog sich jedoch 2006 wieder aus dem Markt zurück. Die Entwicklung der Investitionen in Korea war wie im Falle der ASEAN Staaten von der Finanzkrise beeinflusst.

Der Vergleich der Handels- und Investitionsdaten belegt die Verschiebung der wirtschaftlichen Bedeutung von Südostasien nach Nordostasien innerhalb der letzten zehn Jahre. Während die Wachstumsphase der 1980er und 1990er Jahre von Japan und den südostasiatischen „Tigern“ getragen war, dominieren nun Japan, China und Korea. Japan hat hierbei den Vorteil, Teilhaber an beiden Wachstumsphasen zu sein.

6. Der gegenwärtige konzeptuelle Handlungsrahmen der EU in Ostasien

Die Europäische Union orientiert sich in ihren Beziehungen mit Asien an der Asien-Strategie, die erstmals im Jahre 1994 veröffentlicht und im Jahre 2001 aktualisiert wurde (Europäische Kommission 2001). Diese Strategie würdigt die politische, wirtschaftliche, kulturelle, religiöse, historische und geographische Vielfalt Asiens. Bisher nicht veröffentlichte Richtlinien, die vom Rat 2005 angenommen wurden, nehmen Bezug auf die seit 2001 eingetretenen Änderungen in Ostasien, nämlich die wachsende politische und wirtschaftliche Bedeutung von Nordostasien im Allgemeinen und den Aufstieg Chinas im Besonderen.

Im Bereich der Sicherheitspolitik verweist die erwähnte Europäische Sicherheitsstrategie insbesondere auf die Erfordernisse, strategische Partnerschaften mit Japan, China und Indien anzustreben – die drei wichtigsten Mächte in Asien, die im Wettstreit um eine Führungsrolle in Asien stehen. Die EU unterhält bereits enge Beziehungen zu diesen drei Staaten, was jährliche Gipfeltreffen einschließt, bei denen der Stand der bilateralen Beziehungen und der internationalen Kooperation besprochen wird.

Der „EU-Japan-Aktionsplan“ (Europäische Kommission, 2001a), der regelmäßig durch ein jährliches bilaterales Gipfeltreffen überarbeitet und aktualisiert wird, ist eine weitere Konkretisierung dieses Konzepts im bilateralen Verhältnis zu Japan. Die Zusammenarbeit mit der größten Demokratie in Ostasien basiert auf gemeinsamen politischen Zielen, Prinzipien und Werten, inklusive Förderung von Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten.

Die derzeitige EU-Politik gegenüber China beruht auf einer Reihe von Strategiepapieren, die von der Europäischen Kommission in den letzten sechs Jahren verabschiedet wurden.² Eine neue China-Strategie ist für die zweite Jahreshälfte 2006 in Vorbereitung. Des Weiteren engagiert sich die EU in einem umfassenden Menschenrechtsdialog mit China, dem derzeit einzigen regulären und institutionalisierten Dialog der EU mit einem Drittstaat, der ausschließlich Menschenrechten gewidmet ist (Miller 2004, 56f). Die EU fördert Chinas Übergang zu einer offenen Gesellschaft, die sich auf Menschenrechte, Demokratie, gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit stützt (Europäische Kommission 1998; 2001b). Verschiedene Kooperationsprojekte untermauern diese Politikziele, wie etwa das „EU-China-Trainingsprogramm“ zur Verwaltung von Dörfern.

Auf der interregionalen Ebene engagiert sich die EU im Dialog mit der „Südostasiatischen Vereinigung für regionale Zusammenarbeit“ (SAARC) und in der strukturierten Partnerschaft mit ASEAN. Des Weiteren ist die EU der europäischen Partner im Prozess des Asien-Europatreffens (ASEM) und nimmt im Troika-Format am regionalen Forum von ASEAN (ARF) teil. Im Bereich Sicherheit ist das ARF das einzige regionale Forum, das alle wichtigen Großmächte (USA, China, Indien, Japan und Russland), andere relevante Staaten, wie z.B. Nordkorea und alle ASEAN-Staaten, zusammenbringt. Die EU unterstützt eine Stärkung der Rolle des ARF, insbesondere in Sicherheitsfragen. Als ein Zeichen ihres Engagements führte die EU den gemeinsamen Vorsitz in den so genannten *Inter-Sessional Groups* (ISG) des ARF in den Jahren 2004 und 2005.

Die interregionale EU-ASEAN-Handelsinitiative (*Trans-Regional EU-ASEAN Trade Initiative*, TREATI) wurde 2003 als Reaktion auf die bis 2020 anvisierte Schaffung einer auf drei Säulen basierenden ASEAN-Gemeinschaft gestartet. Diese Handelsinitiative ist Teil der Südostasien-Strategie, macht eine vorübergehende „Integration Light“ möglich, zielt aber auf tiefere Integration zu einem späteren Zeitpunkt ab. TREATI ist daher maßgeschneidert für die heterogenen ASEAN-Partner. Die EU kann bereits mit zwei ASEAN-Partnern ein gemeinsames Projekt nach einem vereinbarten Zeitplan starten, dem sich andere Partner je nach Interessenslage anschließen können.

Anlässlich der Dialogkonferenz der ASEAN WirtschaftsministerInnen mit der EU in Jakarta im September 2004 wurde vereinbart, TREATI-Aktivitäten enger und direkter mit denjenigen branchenspezifischen Initiativen zu verbinden, die von ASEAN beim Aufbau ihrer Wirtschaftsgemeinschaft priorisiert werden. Dies sind die wichtigen Bereiche der Automobil-, Elektronik-, Textil- und Kleidungsbranche, der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion, sowie der Fischerei.

Daher wird sich die EU-ASEAN-Kooperation vorrangig mit Hygiene- und Pflanzenschutznormen in der Landwirtschaft, Lebensmittelproduktion und der Fischerei beschäftigen und sich auf technische Standards für Elektronik und holzverarbeitende Industrien konzentrieren. Ergänzt werden diese branchenspezifischen Aktivitäten durch branchenübergreifende Zusammenarbeit zur Erleichterung von Handel und Investitionen, die für die Wirtschaftstreibenden auf beiden Kontinenten wichtig sind.

Der damalige Handelskommissar Pascal Lamy (2004) nutzte die Gelegenheit der Jakarta-Konferenz auch, um Änderungen der europäischen Handelspolitik gegenüber Asien anzudeuten: „Das oberste Ziel ist die Entwicklung eines tieferen Verständnisses und einer Intensivierung unserer Kooperation, um letztendlich den Abschluss und die Umsetzung eines EU-ASEAN-Freihandelsabkommens in der Zukunft zu erleichtern.“ Dieser Ansatz unterscheidet sich erheblich von den aktuell in Ostasien laufenden

Verhandlungen über Freihandelsabkommen, denn die EU

möchte die wichtigsten Fragestellungen als erstes lösen, ansonsten riskiert sie, dass ein Freihandelsabkommen lediglich in Papierform bestehen bleibt. Wir unterscheiden uns hier von anderen Verhandlungspartnern von ASEAN, die Freihandelsverhandlungen als erstes starten und die umstrittenen Regulierungsschranken auf später verschieben. Die Zukunft wird zeigen, welcher Ansatz bessere Resultate bringt. Die EU ist davon überzeugt, dass die wirklichen Handelsprobleme des 21. Jahrhunderts nicht Zölle und mengenmäßige Beschränkungen, sondern Vorschriften und Regeln auf Gebieten wie z.B. Sicherheit, Gesundheit oder Verbraucherschutz sein werden (Lamy 2004a).³

Im Einklang mit dieser neuen Partnerschaft mit südostasiatischen Ländern hat sich die EU am Rande des ASEM-Gipfeltreffens in Hanoi am 8./9. Oktober 2004 (ASEM, 2004) darauf verständigt, Verhandlungen für umfassende bilaterale Partnerschafts- und Kooperationsvereinbarungen mit Thailand und Singapur einzuleiten, die schließlich den Weg für eine weitreichende EU-ASEAN-Vereinbarung ebnen könnten, was ein modernes Freihandelsabkommen beinhalten würde. Das ASEM-Gipfeltreffen selbst bestätigte in einer gesonderten Erklärung über eine engere wirtschaftliche Partnerschaft die Bereitschaft aller Beteiligten, die Zusammenarbeit zu stärken, allerdings ohne spezifische Ziele zu setzen (ASEM 2004).

Auf dem 15. EU-ASEAN-Ministertreffen in Jakarta (10. März 2005) wurden hingegen konkrete Entscheidungen getroffen. Unter anderem wurde ein von der Kommission entwickeltes Dialog-Instrument für nichthandelspolitische Themen (*Regional EU-ASEAN Dialogue Instrument*, READI) gebilligt, das die bereits erwähnte Handelsinitiative TREATI um Umweltfragen, Migration, Informationsgesellschaft, Bildung und Transport ergänzt (Rat der Europäischen Union 2005).

Allerdings gibt es auch skeptische Stimmen zur EU-ASEAN-Kooperation, wie in einem Kommentar des früheren Premierministers von Singapur, Goh Chok Tong, aus dem Jahr 2004 deutlich wird. In Tongs Augen ist Europa nicht eingebunden in die „Goldgrube“ des Freihandels-

dels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Ostasien.

Die USA, China, Japan, Indien, Australien, Südkorea und sogar das entfernte Chile befassen sich allesamt aktiv und eindringlich mit ASEAN-Staaten anhand von bilateralen und plurilateralen Freihandelsabkommen. Europa in Form der EU ist zögerlich. Es gibt kein Pendant zu APEC für Asien-Europa-Beziehungen. ASEM spielt keine solche Rolle; dafür war ASEM auch nie vorgesehen. Die im letzten Jahr begonnene Handelsinitiative TREATI kann dies auch nicht. Sie ist nur ein erster Schritt – und einer der von einem erfolgreichen Abschluss der derzeitigen globalen multilateralen Verhandlungsrunde zum Welthandel abhängt. Angesichts der Komplexität dieser Diskussionen ist es eine legitime Frage, ob TREATI die derzeitigen dringenden Bedenken rechtzeitig behandeln kann. (Die GASP ist) ein ehrbares und ambitioniertes Bestreben. Doch sind diese ehrbaren Bestrebungen bisher noch nicht im Stande gewesen, enge Eigeninteressen zu überwinden. Zumindest im Bezug zu Asien ist sie eher öfter als seltener lediglich der kleinste gemeinsame Nenner. Dies ist ein Hindernis für einen wirklichen strategischen Dialog (Tong 2004, 324).⁴

Tong malt ein zu rosiges Bild von APEC und übersieht, dass weder ASEAN noch ASEAN-Plus-Drei es geschafft haben auch nur ansatzweise an eine gemeinsame Außenpolitik (oder gar Handelspolitik), vergleichbar der GASP, heranzukommen. Die asiatischen Partner der Union sind gefordert eine Antwort auf die institutionelle Weiterentwicklung der EU zu finden. Ob dies Asien ermutigen wird, sich seinerseits nicht nur in Richtung einer „Spaghetti-Schüssel“ des Freihandels oder engerer wirtschaftlicher Kooperationsvereinbarungen, sondern auch in Richtung einer tieferen Integration zu bewegen, wird zu gegebener Zeit von asiatischen PolitikerInnen zu entscheiden sein. Der Prozess hat zumindest bereits begonnen; der erste, hauptsächlich zeremonielle, ostasiatische Gipfel fand im Dezember 2005 in Kuala Lumpur statt. Vor überzogenen Forderungen oder Erwartungen wurde schon im Vorfeld zu Recht gewarnt, da die historische Perspektive zu wahren war – Europa brauchte Jahrzehnte und hatte viele Rückschläge zu überwinden, um den heutigen Stand der Integration zu erreichen.

7. Mögliche Handlungsfelder künftiger europäischer Politik in Ostasien

Die bestehenden Gesprächsebenen wie die interregionalen Dialoge EU-ASEAN, ARF, ASEM, EU-SAARC könnten verstärkt zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses genutzt werden. Hierfür ist nicht nur ein stärkeres politisches Engagement notwendig, sondern auch zusätzliche finanzielle und menschliche Ressourcen, damit nicht nur Worthülsen produziert werden, die in weiterer Folge die geweckten Erwartungen nicht erfüllen. Institutionelle Anpassungen innerhalb der EU sowie eine vertiefte Zusammenarbeit auf asiatischer Seite sind notwendig.

ASEM würde sich hierbei als einziges interregionales Dialogforum, in dem alle Kulturen und Religionen vertreten, besonders gut eignen; Vorarbeiten in Form des seit dem ASEM Gipfel in Kopenhagen (2002) gepflegten interkulturellen und interkonfessionellen Dialogs sind bereits geleistet und könnten auf andere Bereiche, wie den der Vergangenheitsbewältigung, ausgeweitet werden.

Auf letzterem Gebiet könnte die EU von sich aus aktiv werden und beispielsweise Japan und seinen Nachbarn einen Erfahrungsaustausch über gemeinsame Historikerkommissionen, Hilfestellung bei der Erstellung von Schulbüchern und Jugendaustausch- und Sprachlernprogrammen zum Zweck des Abbaus wechselseitiger Vorurteile anbieten. Der Aufbau einer dem „Erasmus-Programm“ in der Zielsetzung ähnlichen Initiative könnte innerhalb Asiens ebenso zur gemeinsamen Sozialisierung beitragen, wie die Errichtung von gut dotierten Kulturinstituten und die Schaffung von Austauschprogrammen zwischen Universitäten, Verwaltungen und Unternehmen.

Die Sicherung und der gesicherte Zugang zu Rohstoffen, Energie und Wasser sowie Umweltschutz sind lebens- und überlebenswichtige Themen, insbesondere in Ostasien. Jeder dieser Bereiche könnte, in Anlehnung an die Zusammenarbeit zur gemeinsamen Kontrolle von Kohle und Stahl in Europa der 1950er Jahre, zum Ausgangspunkt für eine verstärkte regionale Zusammenarbeit werden.

Angesichts der Notwendigkeit eines sicherheitspolitischen Forums in Ostasien, wären gemeinsame Anstrengungen angebracht, um das einzig bestehende Forum, das ARF, nicht nur in Worten sondern auch in Taten aufzuwerten.

Da der äußere Friede den inneren voraussetzt, ist die EU auch gut beraten, einen Beitrag zur inneren Stabilität der ostasiatischen Staaten zu leisten, soweit dies unter Wahrung der Souveränität der Staaten möglich ist. Die Förderung von *good governance*, durch Aus- und Weiterbildung sowie materielle Hilfestellung, insbesondere von Programmen zur Förderung von Menschenrechten und Grundfreiheiten, stellt jedoch hohe Anforderungen: Es gilt eine Gradwanderung zwischen Beratung und paternalistischer Belehrung zu meistern, eine Balance zwischen individualistischer und kollektivistischer Interpretation der Menschenrechte zu finden, bei gleichzeitiger Rücksichtnahme auf unterschiedliche Entwicklungsstadien und Wirtschaftssysteme. Die Voraussetzungen dafür scheinen vorhanden zu sein: Die Bevölkerung vieler Staaten reagiert kritisch auf oder rebelliert gegen die Unfähigkeit und/oder Korruption in Verwaltung und Politik.

Burma/Myanmar könnte zum Musterfall eines gemeinsamen Vorgehens werden. Sowohl europäischer Druck als auch asiatisches Bestehen auf Dialog und Einbindung haben bisher versagt. Anstelle von Konfrontation entlang der Bruchlinien Europa/Asien, Industrie-/Entwicklungsländer, westliches/östliches Demokratie- und Menschenrechtsverständnis, könnte eine gemeinsame Kooperation und Problemlösung treten. Beide Seiten stimmen überein, dass die Situation in Burma/Myanmar vom politischen und humanitären Standpunkt aus, aber auch wegen der negativen Auswirkungen innerhalb der Region (z.B. Drogen-, Flüchtlings- und Gesundheitsprobleme) unhaltbar geworden ist. ASEAN hat insoweit einen gewissen Kurswechsel vollzogen, als Burma/Myanmar bewogen wurde, auf den turnusmäßigen ASEAN Vorsitz ab dem Jahr 2006 zu verzichten, um Schaden von der Organisation angesichts der drohenden Isolierung durch die EU und den USA abzuwenden. Die EU könnte in diesem Zusammenhang die Erfahrungen sowohl der süd- als auch

der mittel- und osteuropäischen Staaten beim Übergang von Diktatur zur Demokratie einbringen.

Die zur Zeit nach dem Spaghetti-Bowle Prinzip in Ostasien florierenden Freihandels- und Kooperationsabkommen (Reiterer 2005) könnten unter Heranziehung jahrzehntelanger europäischer Erfahrung auf ihre Handelswirkung hin analysiert und Empfehlungen im Sinne der Respektierung der Regeln des multilateralen Handelssystems erarbeitet werden, um sowohl einen regionalen als auch globalen Nutzen zu sichern.

In ähnlicher Weise ließen sich die Voraussetzungen für die Schaffung einer gemeinsamen asiatischen Währung besser analysieren, wenn man die mit der Einführung des Euro gemachten Erfahrungen in Hinblick auf ihre Relevanz für die Finanzmärkte in Asien gemeinsam untersuchen würde.

Angesichts der großen Entwicklungsunterschiede in Asien wären auch die Instrumente der innereuropäischen Entwicklungspolitik, der Regional- und Strukturpolitik einschließlich der mit ihnen verbundenen Ausgleichs- und Kompensationsmechanismen, die in Solidarität und Lastenausgleich wurzeln, zu erklären und auf ihre Relevanz für Asien zu prüfen.

Aus- und Weiterbildung, Transfer von Know-how, die Errichtung und/oder Zusammenarbeit von Verwaltungsakademien, die Erarbeitung von *best practices* für Unternehmen sowie die Respektierung von Verhaltenskodices durch Firmen bei Auslandsinvestitionen sind Beispiele für Projekte, die gemeinsam definiert werden könnten.

Die Zusammenarbeit im Technologie- und Forschungsbereich könnte durch gemeinsame Forschungsprojekte, die im Rahmenprogramm der Union bereits möglich sind, durch eine doppelte Zusammenarbeitskomponente – eine intra-regionale durch wenigsten zwei asiatische Staaten und eine interregionale durch die europäisch-asiatische Achse – erleichtert werden, um interregionale Kooperation zu fördern.

Unter Ausnutzung der in Asien weit verbreiteten *Track Two*-Kultur (Loewen 2005) – darunter versteht man die Vorbereitung politischer oder wirtschaftlicher Projekte durch

Studiengruppen, vor allem durch private oder halbstaatliche *Think Tanks* und Universitäten – könnten Projekte vergeben werden, die gemeinsame Interessen oder auch Problemfelder identifizieren bzw. aufarbeiten und für den jeweils anderen Partner in seine Kultur „übersetzen“, um kulturelle oder auch politische Barrieren zu überwinden. Die Asien-Europa Stiftung (ASEF) in Singapur, die zu diesem Zweck im Rahmen des ASEM-Prozesses gegründet wurde, könnte diesbezüglich verstärkt herangezogen werden. Hierzu zählt auch die Etablierung bzw. Intensivierung von Kontakten zwischen VertreterInnen der Zivilgesellschaft, von ArbeitgeberInnen und -nehmerInnen, Gewerkschaften, Konsumentengruppen, Umweltorganisationen oder gemeinsame Tagungen und Studiengruppen der gewählten VolksvertreterInnen. Dies gilt auch für die Vermittlung des Respekts für Kulturen und Sprachen, einschließlich der Förderung kleinerer Kulturen. Kulturschaffende und JournalistInnen sollten verstärkt zu einem wechselseitig befruchtenden Austausch eingeladen werden, nicht nur um voneinander zu lernen, sondern auch um ein Bindeglied zwischen Asien und Europa zu schaffen. Zu diesem Zwecke könnten verstärkt bilaterale EU-Zentren bzw. Institute, oder auch eine interregionale europäisch-asiatische Akademie für Ausbildung, geschaffen werden.

8. Schlussfolgerungen

Seit Beginn des neuen Jahrtausends ist sowohl die politische Architektur als auch die Machtverteilung in Ostasien im Umbruch: China holt kontinuierlich in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht auf und konkurriert mit dem sich von einem Jahrzehnt Stagnation erholenden Japan um Einfluss in der Region. Erstmals in der Geschichte sind China und Japan gleichzeitig mächtig, was einen Lernprozess für beide Protagonisten notwendig macht. Im Gegensatz zum letzten Asienboom der 1980er Jahre, der von Japan und den südostasiatischen „Tigern“ getragen wurde, sind jetzt die drei nordostasiatischen Staaten, Japan, China und Südkorea tonangebend.

Angesichts der oben dargestellten Bedeutung der Handels- und Investitionsströme zwischen der Union und Ostasien ergibt sich die Notwendigkeit eines europäischen Engagements zur Konfliktvermeidung und Befriedung zwingend von selbst. Dies gilt für alle potenzielle Konfliktherde wie der koreanischen Halbinsel, das südchinesische Meer inklusive Taiwan, die Unsicherheit in der Meerenge von Malakka, den Konflikt zwischen Indien und Pakistan, für die Bemühungen zur Stabilisierung der politisch und wirtschaftlich angeschlagenen ASEAN-Staaten Indonesien und den Philippinen sowie für eine Lösung des politischen und zunehmend humanitären Problems in Burma/Myanmar. Diese Lage würde an sich eine dem Einsatz im Mittleren Osten vergleichbare Politikanstrengung rechtfertigen.

Die Einbindung Chinas ist ein wichtiges Ziel, dem u.a. ASEM und ARF zusätzlich zur bilateralen Politik der EU dienen. Das chinesische Engagement in den Sechsparteiengesprächen zur Lösung des Proliferations- und Nuklearproblems in Nordkorea ist in diesem Zusammenhang positiv zu bewerten. Sollte sich dieses Gesprächsforum jedoch zu einem nordostasiatischen Sicherheitsforum entwickeln, wäre die Nichtteilnahme der EU schädlich. Dies gilt auch für den Ostasiatischen Gipfel sollte dieser für Nicht-Asiaten geöffnet werden, Russland hat als „Gast des Vorsitzes“ bereits einen Fuß in der Tür. Der jüngst zwischen Australien, Japan und den USA gestartete asiatisch-pazifische Sicherheitsdialog, der sich neben Nordkorea, der Sicherheit der Energieversorgung, Iran und den japanisch-chinesischen Spannungen auch damit beschäftigte, China nicht zu einer „negativen Kraft“ (Financial Times 2006, 2; Japan Times 2006, 1) werden zu lassen, zeigt wie notwendig es für die EU ist, nicht abseits zu stehen, sondern alle bi- und interregionalen Foren zu nutzen, um ihre Interessen zu wahren und bei der Gestaltung dieser wichtigen Region eine Rolle zu spielen. Realistischer Weise gilt es dabei den „dritten Platz“ auf der Prioritätenliste der jeweiligen Akteure zu halten, nach den USA und den jeweiligen Nachbarn. Konkrete Initiativen, wie die Beobachtungsmission in Aceh oder eine Neu-

positionierung der Handels- und Investitionspolitik der EU, über Jahre nur am Multilateralismus der WTO ohne Rücksicht auf bilaterale Interessen orientiert, sowie andere Maßnahmen wie oben aufgezeigt, könnten dieser Absicherung dienlich sein. Kan Yi-hua (2004, 519) unterstreicht die Bedeutung einer aktiven Rolle der Union als Gegengewicht zur amerikanischen Hegemonie in Ostasien, deren „demokratische“ Natur ohne ein solches Gegengewicht gefährdet sei: „What ‚democratic‘ means here is that the US needs the participation of other powers in its decision-making for world affairs in order to convince them that their interests are being taken care of by the hegemon.“

Eneko Landaburu (2004), Generaldirektor für Auswärtige Beziehungen der Kommission, hatte daher drei Schwerpunkte für die Neupositionierung der EU vorgegeben: politischer Dialog als Beitrag zur Sicherheit in der Region; Verstärkung der Handels- und Investitionsströme; Förderung der nachhaltigen Entwicklung zur Überwindung der Armut. Diese treffen die dargestellte Interessenslage der EU: politische Stabilität, wirtschaftliche Prosperität sind unteilbar und ein Engagement über geographisch weite Strecken ist eine Selbstverständlichkeit geworden. Bei der Umsetzung werden, wie oben bei den möglichen Handlungsfeldern aufgezeigt, politisch-strategische Zusammenarbeit – im Gegensatz zur militärischen – sowie die Förderung des effektiven Multilateralismus durch offenen Regionalismus im Vordergrund stehen. Zu diesem Zweck sollte ein verstärkter Erfahrungsaustausch über die Erfolge und Rückschläge des europäischen Integrationsprozesses ohne missionarischen Eifer angeboten werden. Die EU näherte sich über wirtschaftliche Zusammenarbeit an die politische an, entwickelte Modelle der regionalen Entwicklung basierend auf Lastenausgleich und Solidarität der Teilnehmer und setzte auf einen rechtlichen und nicht nur politischen Rahmen. Letzterer erlaubte es Staaten von unterschiedlicher Größe eng zu kooperieren – alles Erfahrungswerte, die sich in der ostasiatischen Diskussion um engere Zusammenarbeit verwerten lassen. Durch Fortschritte im Integrationsprozess hat die Union mehr als nur handelspolitische Instru-

mente zu ihrer Verfügung, um in Asien aktiver zu werden.

Die anfänglich von gegenseitigem Unverständnis geprägte Diskussion um die mögliche Aufhebung des Waffenembargos gegenüber China hat gezeigt, dass ein kontinuierlicher Dialog über strategisch-politische Themen hervorragende Wirtschaftsbeziehungen ergänzen muss, um eine Basis für einen vertrauensvollen Austausch zu schaffen.

In politischer Hinsicht erwarb die EU Erfahrung in präventiver Diplomatie sowie im Ergreifen friedensschaffender und –erhaltender Maßnahmen nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens, nicht nur auf europäischer Ebene sondern auch in Kooperation mit den USA. Dies gilt auch für die Bekämpfung von illegaler Einwanderung und Menschenhandel.

Eine konkrete Anwendung dieser Erfahrung ist die erste europäische Mission in Asien im Rahmen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Aceh (EU Council Secretariat, 2005), wo die EU von allen am Konflikt beteiligten Parteien als vertrauenswürdiger Partner angesehen wurde. Im Gegensatz hierzu ist die Nichtbeteiligung der Union an den Sechs-Parteien-Gesprächen vor allem künftig ein gravierender Mangel, insbesondere wenn Beitragsleistungen zur Stabilisierung Nordkoreas eingefordert oder die Gespräche in eine Art nordostasiatisches Sicherheitsforum umfunktioniert werden sollen. Das Europäische Parlament, wenngleich in der Außenpolitik auf nicht-bindende Resolutionen reduziert, hat die aktive Einbindung der Union bereits früh gefordert (Europäisches Parlament, 2005; Thym 2006; Maurer et al. 2005).

Globalisierung und Interdependenz machen politische Stabilität und wirtschaftlichen Wohlstand unteilbar. Strategisch hat die EU daher im eigenen Interesse einen Beitrag zur Überwindung des Kalten Krieges in Ostasien zu leisten, wobei wiederum die eigene Erfahrung nutzbringend eingesetzt werden kann. Kan (2004, 520) formuliert die Erwartungshaltung an die EU:

Ostasien ist ein Standort, wo Europäer ihren Einfluss nutzen können, um den amerikanischen Unilateralismus in politischen, Sicherheits- und Wirtschaftsangelegenheiten auszugleichen und um

- jsessionid=836%3A435ba62a%3A792f7d98bd0acc8?rkey=1279698.
- Dumoulin, Michel/Geneviève Duchenne* (Hg.) (2004). *L'Europe et l'Asie*, Brüssel.
- EU Council Secretariat* (2005). Fact Sheet EU Monitoring Mission in Aceh, 15.09.2004. Internet: <http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/AcehCouncil%20FactsheetREV2bis.pdf>.
- Europäische Kommission* (1994). Towards a New Asia Strategy, Brüssel. Internet: http://europa.eu.int/comm/external_relations/asem/asem_process/com94.htm#0.
- Europäische Kommission* (1998). Building a Comprehensive Partnership with China, Brüssel. Internet: http://europa.eu.int/comm/external_relations/china/com_98/index.htm.
- Europäische Kommission* (2001). Europe and Asia. A Strategic Framework for Enhanced Partnerships, Brüssel. Internet: http://europa.eu.int/comm/external_relations/asia/doc/com01_469_en.pdf.
- Europäische Kommission* (2001a). Shaping our common future. An Action Plan for EU-Japan Cooperation, Brüssel. Internet: http://europa.eu.int/comm/external_relations/japan/summit_12_01/actionplan.pdf.
- Europäischen Kommission* (2001b). EU Strategy towards China. Implementation of the 1998 Communication and Future steps for a more effective EU policy, Brüssel. Internet: http://europa.eu.int/comm/external_relations/china/com01_265.pdf.
- Europäische Kommission* (2003). A maturing partnership. Shared interests and challenges in EU-China relations, Brüssel.
- Europäische Kommission* (2005). European values in the globalised world. Contribution of the Commission to the October Meeting of Heads of State and Government, 20.10.2005, Brüssel. Internet: http://europa.eu.int/growthandjobs/pdf/COM2005_525_en.pdf.
- Europäisches Parlament* (2005). European Parliament resolution on the Non-Proliferation Treaty 2005 Review Conference. Nuclear arms in North Korea and Iran, Straßburg. Internet: <http://www.europarl.eu.int/omk/sipade3?PUBREF=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2005-0075+0+DOC+XML+V0//EN&LEVEL=3&NAV=X>.
- Europäische Sicherheitsstrategie* (2003). Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel. Internet: <http://ue.eu.int/uedocs/cms/Upload/78367.pdf>.
- EUROSTAT* (2004). Flash Eurobarometer 159/2. The Future European Constitution, Brüssel. Internet: http://europa.eu.int/comm/public_opinion/flash/fl159_2en.pdf.
- Financial Times* (2006). China comments give Rice's visit to Australia an added edge, 16.03.2006.
- Gnesotto Nicole* (Hg.) (2004). EU Security and Defence Policy. The first five years (1999–2004). Institute for Security Studies, Paris.
- Hilpert Hanns Günther/ Gerhard Will* (2005). China und Südostasien. Auf dem Weg zu regionaler Partnerschaft. Stiftung Wissenschaft und Politik. SWP Studie Nr. 21, Berlin.
- Hughes, Christopher* (2005). Nationalism and multilateralism in Chinese foreign policy: implications for Southeast Asia, in: *The Pacific Review*, 18(1), 119–135.
- Japan Times* (2006). Pacific trio urges China to 'pull weight', 19.03.2006.
- Kan, Francis Yi-hua* (2004). East Asia in a unipolar order and Europe's role in the region, in: *Asia Europe Journal*, 2(4), 497–522.
- Katzenstein, Peter* (2005). *A World of Regions-Asia and Europe in the American Imperium*. Ithaca.
- Keizai Koho Center* (2005). Japan 2006. An International Comparison, Tokio.
- Kupchan, Charles* (2003). The Rise of Europe. America's Changing Internationalism and the End of U.S. Primacy, in: *Political Science Quarterly*, 18(2), 205–231.
- Lamy, Pascal* (2004). EU-ASEAN Partnership: Harnessing Globalisation Together, Jakarta, 06.09.2004. Internet: http://europa.eu.int/comm/archives/commission_1999_2004/lamy/speeches_articles/spla239_en.htm.
- Lamy, Pascal* (2004a). Unlocking the potential of the ASEAN. EU partnership. The role of Singapore, in: *Asia Europe Journal*, 2(4), 485–487.
- Landaburu, Eneko* (2004). Une nouvelle direction pour les relations de l'Union européenne avec l'Asie, in: *Michel Dumoulin/Geneviève Duchenne* (Hg.): *L'Europe et l'Asie*, Brüssel, 15–22.
- Leonard, Mark* (2005). *Why Europe will Run the 21st Century*, London.
- Lim, Robyn* (2005). *The Geopolitics of East Asia*. London/New York.
- Loewen, Howard* (2005). Demokratie und Menschenrechte im Europa-Asien-Dialog. Zusammenprall von Kooperationskulturen?, in: *Asien*, 95, 53–77.
- Mahncke, Dieter* (2004). The Need for a Common Foreign Policy, in: *Dieter Mahncke/Alicia Ambos/Christopher Reynolds* (Hg.): *European Foreign Policy: From Rhetoric to Reality?* College of Europe Studies, Brüssel, 27–42.
- Maull, Hanns* (2005). Europe and the new balance of global order, in: *International Affairs*, 81(4), 775–799.
- Maurer, Andreas/Daniela Kietz/Christian Völkel* (2005). Interinstitutional Agreements in the CFSP. Parliamentarization through the Back Door?, in: *European Foreign Affairs Review*, 10(2), 175–195.
- Miller, Vaughne* (2004). The Human Rights Clause in the EU's External Agreements, House of Commons Research Paper, 04/33, London.
- Nye, Joseph* (2004). *Power in the Global Information Age*, London.
- Ortega, Martin* (Hg.) (2004). *Global Views on the European Union*. Institute for Security Studies, Chaillot Paper Nr. 72, Paris.
- Pempel, T.J.* (Hg.) (2005). *Remapping East Asia-The Construction of a Region*, Ithaca.
- Pollack, Mark* (2001). International relations theory and european integration, in: *Journal of Common Market Studies*, 39(2), 221–244.

- Rat der Europäischen Union* (2005). 15th ASEAM-EU Ministerial Meeting, Joint Chairmen's Statement, Brüssel. Internet: <http://register.consilium.eu.int/pdf/en/05/st07/st07020.en05.pdf>.
- Reiterer, Michael (2002). Strategic Framework for Enhanced Partnerships, in: Singapore Institute of International Affairs Reader, 2(1), 41–57.
- Reiterer, Michael (2002a). The Asia Europe Meeting (ASEM). The Importance of the Fourth ASEM Summit in the Light of the 11 September Attacks, in: European Foreign Affairs Review, 7(2), 133–152.
- Reiterer, Michael (2002b). Asia-Europe. Do They Meet? Reflections on the Asia-Europe Meeting (ASEM), World Scientific/ASEF, Singapore.
- Reiterer, Michael (2004). Inter-regionalism, Regional Identity and Institution Building in the Context of the Asia-Europe Relationship. Paper presented at the 4th Conference of the Centre for the Studies of International Institutions (CSI), Innsbruck, 18.11.2004.
- Reiterer, Michael (2005). Regional Free Trade Arrangements and Multilateral Trade Policy: The View From Europe, in: The Annual Bulletin of the Japan Academy for International Trade and Business, 42, 19–29.
- Reiterer Michael (2005a). Asia-Europe. Do They Meet? Revisited, in: Zainal Mantaha/Toshiro Tanaka (Hg.). Enlarging European Union and Asia. ASEF/Keio University, Tokio, 249–287.
- Roy, Denny (2005). The Sources and Limits of Sino-Japanese Tensions, in: Survival, 47(2), 191–214.
- Rozman, Gilbert (2004). North East Asia's Stunned Regionalism, Cambridge.
- Schieder, Siegfried/Manuela Spindler (Hg.) (2003). Theorien der Internationalen Beziehungen. Opladen.
- The Economist* (2005). Europe's Cassandra complex, 29.10.2005, 56.
- Thym, Daniel (2006). Beyond Parliament's Reach? The Role of the European Parliament in the CFSP, in: European Foreign Affairs Review, 11(1), 109–127.
- Toje, Aisle (2005). The 2003 European Union Security Strategy: A Critical Appraisal, in: European Foreign Affairs Review 10, 2005; S.132.
- Tong, Goh Chok (2004). Europe's Global Role, in: Asia Europe Journal, 2(3), 321–325.
- Vertrag über eine Verfassung für Europa* (2004). Internet: http://europa.eu.int/constitution/index_de.htm.
- Wallace Helen/William Wallace/Mark Pollack (Hg.) (2005). Policy Making in the European Union. Oxford.
- Wallace, William (2005) Foreign and Security Policy. The Painful Path from Shadow to Substance, in: Yahuda, Michael (Hg.) (2004): The International Politics of the Asia-Pacific Region. London.

AUTOR

Michael REITERER ist stellvertretender Leiter der Delegation der Europäischen Kommission in Japan. Er studierte Rechtswissenschaften und habilitierte sich im Fach Internationale Politik an der Universität Innsbruck. Er lehrte an verschiedenen österreichischen und ausländischen Universitäten. Publikationen zur Entwicklungs-, Handels- und Außenpolitik insbesondere der EU, mit Schwerpunkt Ostasien und ASEM. Forschungsschwerpunkte: GASP, Interregionalismus, Ostasien, internationale Handelspolitik inklusive WTO.

Kontakt: Delegation der Europäischen Kommission in Japan, Europa Haus, 9-15 Sanban-cho, Chiyoda-ku, Tokio 102-0075, Japan.

Email: Michael.Reiterer@uibk.ac.at